

Niederschrift

über die

33. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses

der Stadt Burglengenfeld

Sitzungstermin:	Mittwoch, 19.07.2017
Sitzungsort/-raum:	im Besprechungszimmer I, Zimmer Nr. 15
Beginn:	18:39 Uhr
Ende:	19:18 Uhr

Zur heutigen Sitzung des Finanz- und Personalausschusses wurden von Bürgermeister Thomas Gesche sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen. Zu Beginn der Sitzung waren Bürgermeister Thomas Gesche als Vorsitzender und 7 der 7 Mitglieder des Finanz- und Personalausschusses anwesend.

Der Finanz- und Personalausschuss war beschlussfähig, da sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen waren und die Mehrheit anwesend und stimmberechtigt war.

Zeitpunkt und Ort der öffentlichen Sitzung wurden unter Angabe der Tagesordnung ortsüblich bekannt gemacht.

Bürgermeister Thomas Gesche fragt nach, ob mit der Tagesordnung Einverständnis besteht.

Stadtrat Peter Wein beantragt gemäß der Geschäftsordnung den TOP NÖ 2 in den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses zu verlegen.

Bürgermeister Thomas Gesche erklärt, dass aus verhandlungstaktischen Gründen dieser TOP aus seiner Sicht nicht im öffentlichen Teil zu behandeln ist.

Abstimmungsergebnis:

Ja 4 Nein 4

Gegen die Tagesordnung wurden keine Einwendungen vorgebracht.

Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Funktion Name, Vorname	Bemerkung
1. Bürgermeister:	
Gesche, Thomas 1. Bürgermeister	
Ausschussmitglieder:	
Gruber, Josef 3. Bürgermeister	
Krebs, Bernhard 2. Bürgermeister	
Schreiner, Albin Stadtrat	
1. stellv. Ausschussmitglieder:	
Beer, Andreas jun. Stadtrat	Vertretung für Herrn August Steinbauer
Glatzl, Hans Stadtrat	Vertretung für Frau Dr. Christina Bernet, nicht anwesend von 19:11 Uhr bis 19:13 Uhr TOP NÖ 1
Wein, Peter Stadtrat	Vertretung für Herrn Hans Deml
2. stellv. Ausschussmitglieder:	
Hofmann, Thomas Stadtrat	Vertretung für Herrn Christoph Schwarz
Verwaltung:	
Frieser, Elke Stadtkämmerin Leiterin Kämmerei	
Wittmann, Thomas VOAR Leiter Hauptamt	
Schriftführerin:	
Hobik, Daniela	
Sparkasse, Abteilungsleiter Wertpapier:	
Zimmermann, Markus	

Nicht anwesend waren:

Funktion Name, Vorname	Bemerkung
Ausschussmitglieder:	
Bernet, Christina Dr. Stadträtin	
Deml, Hans Stadtrat	
Schwarz, Christoph Stadtrat	
Steinbauer, August Stadtrat	

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung:

1. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 21.06.2017
2. Bestehende Wertpapieranlagen der Stadt Burglengenfeld bei der HSH Nordbank - Entscheidung über das weitere Vorgehen
3. Bestehende Wertpapieranlagen der Almosen-Stiftung bei der HSH Nordbank - Entscheidung über das weitere Vorgehen
4. Bestehende Wertpapieranlagen der Aussteuer-Stiftung bei der HSH Nordbank - Entscheidung über das weitere Vorgehen
5. Anfragen nach § 31 der Geschäftsordnung / Informationen des Bürgermeisters

Protokoll

Herr Markus Zimmermann, Abteilungsleiter Wertpapiere der Sparkasse informiert den Ausschuss über den derzeitigen Stand zur HSH Nordbank. Er stellt die drei möglichen Szenarien vor, die er mit dem Factsheet an alle Anwesenden Ausschussmitglieder und die Verwaltung aushändigt. Eine Empfehlung des weiteren Vorgehens kann und darf er nicht aussprechen. Herr Markus Zimmermann beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

A) Öffentliche Sitzung:**Beschluss**

Nr.:149

Gegenstand:	Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 21.06.2017
--------------------	--

Nach ordnungsgemäßer Ladung sind der 1. Bürgermeister und 7 der 7 Gremienmitglieder erschienen; sie waren für oben bezeichneten Beratungsgegenstand stimmberechtigt.

Beschlussfähigkeit nach Art. 47 Abs. 2 GO war sonach gegeben.

Sachdarstellung, Begründung:

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Finanz- und Personalausschusses vom 21.06.2017 wurde den Ausschussmitgliedern vorab zugestellt.

Beschluss:

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses vom 21.06.2017 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Herr Markus Zimmermann von der Wertpapierabteilung der Sparkasse im Landkreis Schwandorf wird in der Ausschusssitzung die möglichen Szenarien aufzeigen.

Beschluss:

Das bestehende Wertpapier bei der HSH Nordbank AG wird vor seiner Fälligkeit, ggfs. auch mit Verlust, verkauft.

Die Verwaltung wird ermächtigt, den ursprünglichen Nominalbetrag (48.000 €) anderweitig unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben neu anzulegen.

Empfehlung an den Stadtrat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Beschluss

Nr.:151

Gegenstand:	Bestehende Wertpapieranlagen der Almosen-Stiftung bei der HSH Nordbank - Entscheidung über das weitere Vorgehen
--------------------	---

Nach ordnungsgemäßer Ladung sind der 1. Bürgermeister und 7 der 7 Gremienmitglieder erschienen; sie waren für oben bezeichneten Beratungsgegenstand stimmberechtigt.

Beschlussfähigkeit nach Art. 47 Abs. 2 GO war sonach gegeben.

Sachdarstellung, Begründung:

Im Wertpapierportfolio der Almosen-Stiftung Burglengenfeld befinden sich zwei Papiere der HSH Nordbank AG:

-	HSH35W	52.000 €	Fälligkeit 2020
-	HSH4HS	43.000 €	Fälligkeit 2023

Die Papiere wurden 2012 und 2013 gekauft und erfüllten zu diesem Zeitpunkt auch die gesetzlichen Vorgaben für die Anlage von Stiftungsgeldern. Die HSH Nordbank ist auch Mitglied im Sicherungssystem der Sparkassen Finanzgruppe.

Nachdem die HSH Nordbank auf Grund notleidender Schiffskredite in Schieflage geriet, mussten die Länder einspringen und die Bank mit einer milliardenschweren Garantie stützen. Entsprechend einer Auflage der EU-Kommission die im Zusammenhang mit der Genehmigung dieser Garantie steht, müssen die Eigentümer – die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein – die Bank bis zum 28.2.2018 verkaufen, andernfalls erfolgt die Abwicklung.

Der Verkaufsprozess ist derzeit im Gange, fraglich jedoch ist, ob ein Käufer gefunden werden kann, da neben der Kernbank auch erhebliche Altlasten in Form einer Abbaubank mit angeschlagenen Krediten – v.a. Schiffskrediten – bestehen.

Der Presse sind zum Verlauf des Verkaufsprozesses und dem möglichen Ausgang unzählige Berichte zu entnehmen, allerdings oft mit widersprüchlichen Aussagen und Einschätzungen.

Die Tatsache jedoch bleibt, sollte bis zu dem festgesetzten Termin kein Verkauf zustande gebracht werden, wird die Bank abgewickelt. Inwieweit das Sicherungssystem dann greift ist fraglich. Eine neue EU-Richtlinie fordert nämlich, dass sich Gläubiger an Abwicklungen beteiligen („Bail-in“), also auf ihr Geld verzichten, damit nicht mehr die Steuerzahler für die Abwicklung oder Rettung einer Bank aufkommen müssen.

Derzeit wäre ein Verkauf der Wertpapiere zu einem Kurswert knapp unter 100 % möglich und würde daher „geringen Schaden“ verursachen. Eine Neuanlage der Gelder würde entsprechend der derzeitigen Zinssituation geringere Zinseinnahmen

bedeuten.

Herr Markus Zimmermann von der Wertpapierabteilung der Sparkasse im Landkreis Schwandorf wird in der Ausschusssitzung die möglichen Szenarien aufzeigen.

Beschluss:

Die bestehenden Wertpapiere bei der HSH Nordbank AG werden vor ihrer jeweiligen Fälligkeit, ggfs. auch mit Verlust, verkauft.

Die Verwaltung wird ermächtigt, die ursprünglichen Nominalbeträge (52.000 € und 43.000 €) anderweitig unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben für Stiftungsgelder neu anzulegen.

Empfehlung an den Stadtrat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Beschluss

Nr.:152

Gegenstand:	Bestehende Wertpapieranlagen der Aussteuer-Stiftung bei der HSH Nordbank - Entscheidung über das weitere Vorgehen
--------------------	---

Nach ordnungsgemäßer Ladung sind der 1. Bürgermeister und 7 der 7 Gremienmitglieder erschienen; sie waren für oben bezeichneten Beratungsgegenstand stimmberechtigt.

Beschlussfähigkeit nach Art. 47 Abs. 2 GO war sonach gegeben.

Sachdarstellung, Begründung:

Im Wertpapierportfolio der Aussteuer-Stiftung Burglengenfeld befinden sich zwei Papiere der HSH Nordbank AG:

-	HSH35W	10.000 €	Fälligkeit 2020
-	HSH4HS	43.000 €	Fälligkeit 2023

Die Papiere wurden 2012 und 2013 gekauft und erfüllten zu diesem Zeitpunkt auch die gesetzlichen Vorgaben für die Anlage von Stiftungsgeldern. Die HSH Nordbank ist auch Mitglied im Sicherungssystem der Sparkassen Finanzgruppe.

Nachdem die HSH Nordbank auf Grund notleidender Schiffskredite in Schieflage geriet, mussten die Länder einspringen und die Bank mit einer milliardenschweren Garantie stützen. Entsprechend einer Auflage der EU-Kommission die im Zusammenhang mit der Genehmigung dieser Garantie steht, müssen die Eigentümer – die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein – die Bank bis zum 28.2.2018 verkaufen, andernfalls erfolgt die Abwicklung.

Der Verkaufsprozess ist derzeit im Gange, fraglich jedoch ist, ob ein Käufer gefunden werden kann, da neben der Kernbank auch erhebliche Altlasten in Form einer Abbaubank mit angeschlagenen Krediten – v.a. Schiffskrediten – bestehen.

Der Presse sind zum Verlauf des Verkaufsprozesses und dem möglichen Ausgang unzählige Berichte zu entnehmen, allerdings oft mit widersprüchlichen Aussagen und Einschätzungen.

Die Tatsache jedoch bleibt, sollte bis zu dem festgesetzten Termin kein Verkauf zustande gebracht werden, wird die Bank abgewickelt. Inwieweit das Sicherungssystem dann greift ist fraglich. Eine neue EU-Richtlinie fordert nämlich, dass sich Gläubiger an Abwicklungen beteiligen („Bail-in“), also auf ihr Geld verzichten, damit nicht mehr die Steuerzahler für die Abwicklung oder Rettung einer Bank aufkommen müssen.

Derzeit wäre ein Verkauf der Wertpapiere zu einem Kurswert knapp unter 100 % möglich und würde daher „geringen Schaden“ verursachen. Eine Neuanlage der Gelder würde entsprechend der derzeitigen Zinssituation geringere Zinseinnahmen

bedeuten.

Herr Markus Zimmermann von der Wertpapierabteilung der Sparkasse im Landkreis Schwandorf wird in der Ausschusssitzung die möglichen Szenarien aufzeigen.

Beschluss:

Die bestehenden Wertpapiere bei der HSH Nordbank AG werden vor ihrer jeweiligen Fälligkeit, ggfs. auch mit Verlust, verkauft.

Die Verwaltung wird ermächtigt, die ursprünglichen Nominalbeträge (10.000 € und 43.000 €) anderweitig unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben für Stiftungsgelder neu anzulegen.

Empfehlung an den Stadtrat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Gegenstand:	Anfragen nach § 31 der Geschäftsordnung / Informationen des Bürgermeisters
--------------------	--

Stadtrat Albin Schreiner fragt nach, ob das Protokoll der öffentlichen Sitzung am 20.06.2017 beim Landgericht München I im Rechtsstreit Stadt Burglengenfeld / KPMG wegen der Entgeltforderung der KPMG den Stadträten zur Verfügung gestellt wird.

Bürgermeister Thomas Gesche weist darauf hin, dass im nicht öffentlichen Teil dieser Sitzung das Protokoll den anwesenden Stadträten zur Mitnahme ausgehändigt wird.

Thomas Gesche
1. Bürgermeister

Daniela Hobik
Schriftführer/in